RZ 1918

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen.

Nr. 12 | Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis: Mk. 1,— für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. | Gotha, 24. März 1918 (Telephon: Nr. 174) | Inserate kosten 50 Pfg. die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. | 32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Der soziale und volkswirtschaftliche Hintergrund. — Im eigenen Spiegel. — Aus unserem Beruf. — Der Volksbund für Freiheit und Vaterland — für Annexionen. — Wucher in Papierstofferzeugnissen. — Das preußische Wohnungsgesetz endgültig angenommen. — Spiegel der Gewerkschaftspresse. — Gewerkschaftliches. — Ueberwachungs-Ausschuß der Schuhindustrie. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Ehrentafel.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Was ist Bevölkerungspolitik. — Schutz für das unehelliche Kind. — An den Unorganisierten.

Feuilleton: Der Gipskopf.

Der soziale und volkswirtschaftliche Hintergrund.

Wirtschaftspolitik und vor allem auch Kriegspolitik hat mit Moral im allgemeinen nichts zu tun. Die Wirtschaftspolitik hat ihre kapitalistischen Gesetze. Der erste Grundsatz ist, möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Mit bestehenden Gesetzen, die dabei hindernd im Wege stehen, findet man sich ab, indem man sie zu umgehen sucht. Besonders kraß hat sich das während des Krieges in der ganzen Kriegswirtschaft gezeigt. Nicht charakteristisch für die Kriegsmoral ist die Tatsache, daß kürzlich ein Abgeordneter im Hause der Gesetzgeber, im Reichstage, erklären konnte, daß selbst unter den Gesetzgebern keiner sei, der sich der Ueberteuerung kriegswirtschaftlicher Verordnungen nicht schuldig mache. Diese eigenartige Feststellung blieb ohne Widerspruch.

In der vergangenen Woche kam im Reichstage eine Angelegenheit zur Sprache, die eine Unzahl von Quellen moralischer Entrüstung hat aussprudeln lassen. Es wurde festgestellt, daß die Daimler-Motorenwerke bei den Lieferungen an den Staat Gewinne gemacht hat, die selbst in der Zeit ausschweifender Kriegsprofite Aufsehen erregen müssen. Am meisten empört dabei die Tatsache, daß die Leitung des Werkes an das Kriegsministerium in einem Briefe ziemlich unverblümt mit dem Streik gedroht, falls die geforderten Preise nicht bewilligt würden.

Das ist kein Vorgang, gegen den man mit moralisierenden Mitteln erfolgreich einen Kampf aufnehmen könnte. Es zeigt sich hier eben das Kapital in seiner wahren Tendenz. Und diese Tendenz setzt sich trotz Moral, trotz Gesetze und sonstiger Maßnahmen immer wieder durch. Damit hat die Arbeiterschaft zu rechnen, danach ihr Verhalten einzurichten.

Dabei mag besonders noch auf einen andern Umstand hingewiesen werden. Vielfach begegnet man der Auffassung, es stehen sich recht hohe Unternehmergewinne rechtfertigen, wenn den Arbeitern gleichzeitig hohe Löhne gezahlt würden. Mit solcher Auffassung befindet man sich auf gefährlichen Wegen. Lohn und Unternehmergewinn sind zwei sehr verschiedene Werte von sozial-gegensätzlicher Bedeutung. Gerade, weil jetzt das Kapital ganz ungewöhnlich hohe Profite einstreicht, obwohl die Erzeugung von eigentlichen Gebrauchsgütern fast vollständig stockt, hat die Frage erhöhte Wichtigkeit erlangt.

Bei einer großen Anzahl der kapitalkräftigsten Unternehmen ist der Gewinnzufluß in den letzten Jahren so groß gewesen, daß sie kaum wissen: wohin mit der Geldfülle?

Um die Dividenden und Sondervergütungen nicht allzu aufreizend hinauftreiben zu lassen, versteckt man große Beträge in allerhand Fonds und in erheblichem Umfange werden Neuanlagen und Betriebserweiterungen aus laufenden Mitteln bezahlt. So erhöht sich neben den reichlichen Ausschüttungen auch der innere Wert der Anlagen. Die Kurse vieler Papiere sind um Hunderte von Prozent gestiegen. Wer jetzt seinen Papierbesitz verkauft, bekommt dafür unter Umständen das Doppelte und Mehrfache des Kaufpreises. Der Krieg macht viele Leute reich!

Nun gibt es allerdings auch Arbeiter, deren Löhne ansehnlich gestiegen sind, wenn auch die Steigerung zum größten Teil durch die Verteuerung aller Waren, vornehmlich der Lebensmittel, für Kleidung usw. ausgeglichen wird. Bei den meisten Arbeitern hat die Lohnsteigerung mit der Verteuerung der Lebenshaltung jedoch nicht gleichen Schritt gehalten; bei sehr vielen bleibt sie weit dahinter zurück. Nehmen wir jedoch an: die Steigerung der Löhne ist überall so stark, daß die Arbeiter die gleiche Lebenshaltung ermöglichen könnten wie vor dem Kriege! Hätten sie dann in der Entwicklung, die sich nun zeigt, keine Schädigung ihrer Interessen zu erblicken? Kann es ihnen gleich sein, ob das Kapital kleine oder große Gewinne macht? Können sie zufrieden sein, wenn nur ihre Löhne mit der Steigerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter in Einklang bleiben? Durchaus nicht! Die jetzige Reichtumsmehrung in wenigen Händen, die riesenhaften Gewinne des Kapitals, dessen gewaltiges Anwachsen, das alles geht zu Lasten der Arbeit, der zukünftigen Warenerzeugung. Für das, was sich nun als Kriegsschulden aufsammelt, müssen die Arbeiter und ihre Nachkommen, auf Generationen hinaus schaffen, Zinsen aufbringen und abzahlen.

Versuchen wir, das verständlich zu machen! Zunächst sei erst kurz auf die Eigenart der Gewinn- und Vermögensbildung unter der Herrschaft des Krieges eingegangen. Jetzt ist der Gewinn und die Kapitalsbildung nicht ein Teil des Wertes hervorgebrachter Lebensgüter, die der Kultur, der Daseinsbefriedigung und Steigerung der Lebenshaltung dienen. Vornehmlich werden nun Zerstörungsmaschinen und Materialien zum Zwecke der Verwüstung von Gütern und Menschen hergestellt. Mit Geschützen, Gewehren, Säbeln, Munition, überhaupt mit all dem verschiedenen und massenhaften Kriegsgerät kann man nichts für die Lebenshaltung anfangen. Dafür ist alles das vollständig wertlos. Es erfordert ungeheuer viel Arbeit, aber wir können uns nicht damit kleiden, nichts davon genießen, wir können davon zu unserer Daseinbefriedigung gar nichts gebrauchen. Das nicht allein. Mit dem Ertrage maßlos vieler Arbeit werden noch andere, bereits vorhandenen Güter vernichtet, und was noch viel schlimmer ist, ihr Verbrauch kostet auch noch Hunderttausenden von Menschen Leben und Gesundheit.

Es sind also keine neuen Lebensgüter geschaffen worden, im Gegenteil; wir haben von dem Bestande, der vor dem Kriege vorhanden war, noch einen erheblichen Teil eingebüßt, obendrein auch noch eine ungeheure Summe von Arbeitskraft! Ohne daß wir das noch im einzelnen näher schildern, versteht nun schon jeder Leser, daß wir in der Gesamtheit viel, sehr viel ärmer geworden sind. Und trotzdem erlangte und erlangt die Gruppe der Kapitalisten viel gewaltigere Gewinne als je zuvor. Wir erleben eine Kapitalszunahme wie noch in keiner der voraufgegangenen gleichen oder noch viel längeren Zeitabschnitte. Wie ist das möglich? Wie ist das zu erklären? Und vor allem: was bedeutet das für die Arbeiterschaft?

Wie oben schon angedeutet, ist die Reichtumsmehrung nicht der Ausdruck neu geschaffener Kulturgüter. Die Gewinne und Kapitalsaufhäufung sind in Wirklichkeit nichts anderes als vorweggenommene Ansprüche auf die Arbeit der Zukunft, die erst wieder alles Vernichtete hervorbringen und einen Zuwachs an Lebensgütern schaffen muß. Die Arbeit wird dem Kapital sogar für das Vernichten von Kultur und Gebrauchsgütern tributpflichtig.

Die Milliarden Kriegsschulden, die unerhört hohen Gewinne des Kapitals sowie der Grundrentennutznießer sind sozusagen Hypotheken, mit denen die spätere Arbeit belastet wird. Diese Last muß die Arbeiterschaft tragen. Je größer die Kriegsschulden werden, je stärker die Gewinne des Kapitals anwachsen, um so drückender auch die Last, die Tribut heischend von der Arbeiterschaft getragen werden muß.

Es ist schließlich in der Wirkung ziemlich gleichgültig, ob die Last in Form von Steuern abgetragen werden soll, oder in entsprechend größerem Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage, in niedrigen Löhnen oder hohen Warenpreisen. Unter allen Umständen muß die schaffende Arbeit die Kosten aufbringen.

Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß es für die Arbeiter durchaus nicht gleichgültig sein kann, ob das Kapital bei der unproduktiven Kriegsarbeit nur mäßige oder so riesenhafte Gewinne erzielt, wie das nun tatsächlich der Fall ist. Es geht eben auf der Arbeit Kosten. Auch auf Kosten jener, die nun hohe Löhne erlangen. Schon bei der Herstellung von wirklichen Kulturgütern, die der Gesamtheit in irgendeiner Weise doch mal zugut kommen, sind hohe Gewinne ein Nachteil für die Arbeiter genau so gut wie niedrige Löhne, denn in beiden Fällen wird die Kaufkraft des Lohnes vermindert. Viel mehr noch gilt das vom Hervorbringen von Zerstörungsmaterial, mit dem auch noch vorhandene Güter verwüstet werden.

Kann man sich in dem Gedanken trösten, daß eine gerechte Verteilung der Steuern die Arbeiter schützen oder schadlos halten könnte? Gewiß sind direkte Steuern für den Arbeiter vorteilhafter als indirekte, aber es wäre doch töricht, anzunehmen, direkte Steuern vom Einkommen würden nicht wenigstens zum größten Teil doch wieder auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Das Unternehmertum kämpft zwar mit allen Mitteln für die Einführung indirekter Steuern: Verteuerung der Waren durch Zölle und Steuern, erhöhte Eisenbahntarife usw. Das geschieht hauptsächlich darum, weil diese Form der Steuererhebung für die Unternehmer bequemer ist, weniger Konflikte mit den Arbeitern hervorruft und vor allem, weil die indirekten Steuern dem Arbeiter verschleiern, was er in Wirklichkeit für den Staat hergeben muß. Aber auch die direkten Steuern, die das Kapital entrichten muß, werden zum größten Teil doch wieder auf die Arbeit abgewälzt. Sinnenfällig wird das ja jetzt. Trotz Kriegs- und Gewinnsteuern schnellen die Dividenden in die Höhe, und der Strom der Profitausschüttungen breiter und tiefer, vollzieht sich eine märchenhafte Kapitalshäufung.

Und je gewaltiger das Kapital wächst, infolge der durch Preissteigerungen erzielten Gewinnerhöhungen, um so wuchtiger drückt nachher die Zinspflicht für das vermehrte Kapital auf die werktätige Arbeit.

Von den kapitalistischen Interessenvertretern wird behauptet, das Kapital müsse steuerlich geschont werden, die Bildung mächtiger Kapitalien, in dem Besitz weniger Menschen, sei eine Vorbedingung für ein Wiederaufleben des Wirtschaftsgetriebes. Das Gegenteil ist richtig! Mit der Größe des zu verzinsenden Kapitals schrumpft die Konsumskraft der breiten Masse zusammen. Je geringer diese Konsumkraft, um so schwächer die Nachfrage am Markte der allgemeinen Bedarfsgüter. Schwächung des Bedarfs an Arbeitskräften und Einschränkung des Verbrauchs ist die weitere Folge.

Aus diesem Grunde wäre es ein wirtschaftlicher Vorteil, wenn alle im Kriege erzielten kapitalistischen Gewinne eingezogen, die Staatsschulden annulliert würden. Mit der Beschlagnahme der Kriegsgewinne würde der Staat in den Stand gesetzt, einen erheblichen Teil der Kriegskosten zu begleichen; dieser Teil brauchte dann

nicht mehr verzinst und nicht aus dem Ertrage der Arbeit der Zukunft abgetragen zu werden.

Wenn das geschieht, dann ist dem Volke der Weg zu neuem Aufstieg erleichtert. Ohne solche Maßnahmen kommt die Arbeiterschaft aus dem sozialen Elend nicht heraus. Hat das Volk für das Vaterland gekämpft, dann darf man ihm den wirtschaftlichen Wiederaufstieg nicht durch ungeheure kapitalistische Stacheldrahtzäune unmöglich machen. Das Volk hat Opfer genug gebracht, ohne daß es die schuldlosen Leiden des Krieges auch noch mit einer gewaltig gesteigerten Tributpflicht zugunsten des Kapitals büßen müßte.

Im eignen Spiegel.

In einem Richtungsstreit, wo die Meinungen hart aufeinanderprallen, mag der Außenstehende leicht den Eindruck gewinnen, daß die Streitenden gegeneinander nicht objektiv genug sind. Daß die eine oder die andere oder beide in der Hitze des Gefechts leicht über die Schnur hauen. Da ist die Selbstkritik oft am Platze und der beste Gradmesser des Urteils.

Eine solche Kritik hat der Reichstagsabgeordnete Herm. Wendel am Richtungsstreit zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen an der eigenen Fraktion geübt. Wendel gehört der Fraktionsmehrheit an. Er schreibt zunächst, daß die Politik der Mehrheitsfraktion bankrott sei, daß sie vor einem Scherbenhügel stehe.

In dem Artikel zieht er zuerst einen Vergleich zwischen den Kriegsjahren 1870 und 1918. Nach der Schlacht von Sedan, als über die Annexionsabsichten der deutschen Regierung keinerlei Zweifel mehr bestanden, seien die beiden damaligen sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen, Eisenacher und Lassalleaner, geschlossen gegen die Kredite aufgetreten, denen bisher nur die beiden Abgeordneten Bebel und Liebknecht die Zustimmung verweigert hatten. Heute stände die deutsche Sozialdemokratie dort, wo Eisenacher und Lassalleaner am 5 September 1870 gestanden hätten. Am 4. August 1914 sei die Fraktion einzig für die Verteidigung der bedrohten Heimatscholle eingetreten und hätte damals verlangt, daß dem Kriege ein Ende gemacht werde, sobald das Ziel der Sicherung erreicht sei, durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermögliche. Wendel führt dann fort:

Inzwischen mußte sie bei der Bewilligung der weiteren Kriegskredite mehr als einmal in einen saueren Apfel beißen, da aus der stets deutungsfähigen Haltung der deutschen Unterhändler sich nie klar erkennen ließ, ob die Regierung wirklich einem solchen Frieden geneigt war. Aber sie erlahmte nicht in ihrer Friedensarbeit, und im hellen Licht jenes Julitages im vergangenen Jahre erschien die vielbespöttelte Friedensresolution als ein großer und schöner Erfolg dieser unermüdlichen Tätigkeit. Aber Herr Michaelis setzte, als er sich zu diesen Leitpunkten bekennen sollte, hinzu: „Wie ich sie auffasse“, und Herr von Hertling, der mit der Lehre des Ignatius Loyola vertrauter ist als sein frommer Protestant von Vorgänger, dachte sich vielleicht bei der gleichen Gelegenheit das gleiche. Sonst wären die Enttäuschungen eigentlich unerklärlich, die dann für uns gekommen sind, am 27. Dezember 1917 in Brest-Litowsk und an vielen Tagen danach.

Die jüngsten Ereignisse aber bedeuten — Hand aufs Herz und ausgesprochen, was ist — die vollkommene Katastrophe der sozialdemokratischen Friedenspolitik.

Nach diesem Frieden mit Rußland, den die Petersburger Unterhändler mit abgewandtem Gesicht und geschlossenen Augen unterschrieben haben, nach diesem Frieden mit Rumänien, der einem Zusammenbrechenden mit der Faust an der Kehle abgepreßt wird, was bleibt da noch von all den blumigen Redensarten wie Verständigungsfrieden, Selbstbestimmungsrecht, Abrüstung und Völkerbund mehr übrig als ein wenig Schall und Rauch! Wir wollen den demokratischen, den für alle Teile ehrenvollen, den Verständigungsfrieden, der Dauer versprach und ein ruhiges Neben- und Miteinanderleben der Völker verbürgte. Wir haben den reaktionären, den die Gegner grimm verletzenden den Gewaltfrieden, der eigentlich nur ein Waffenstillstand zwischen zwei Schlachten ist und neuen Rüstungen, neuen Kriegen die Bahn bereitet. Die Machtpolitik triumphiert, die Vaterlandspartei frohlockt, Graf Reventlow ist obenauf — wir stehen vor einem Scherbenhügel.

Die Folgerungen liegen auf der Hand!

Allerdings gibt es Leute, die nicht sehen wollen. Die Friedensresolution vom 19. Juli ist heute gerade soviel wert, daß wir ein Papierschiffchen daraus machen und zusehen können, wie es munter im Wasser der Gosse davonschwimmt. Aber Herr Erzberger — ahnungsloser Engel! — versichert mit ernster Miene, der Frieden im Osten liege im Rahmen der Friedensresolution, und es geschieht ihm schon ganz recht, daß ihn die „Deutsche Tageszeitung“ ob dieser echten oder gespielten Naivität weidlich verhöhnt, denn Ernsthaftes läßt sich dazu schlechterdings nicht sagen. Aber es gibt auch Leute, die glauben, die Scherben doch noch kitten zu können. So weist der „Vorwärts“ der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, wie es scheint, im Gefüge der Reichstagsmehrheit den Kampf dagegen aufzunehmen, „daß Deutschland die neuen Nachbarstaaten bevormunde oder in irgendeiner Form als Unterworfene behandelt“ und aus dem Frieden „herauszuholen, was sich nur irgendwie an Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht herausholen läßt“. Aber nur an dem die Ereignisse der letzten Wochen spurlos vorüber gegangen sind, kann in solchem Beginnen nicht vergebliche Liebesmüh sehen. Wenn es der deutschen Regierung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Ostvölker ernst wäre, hätte sie den Frieden mit Rußland billiger, einfacher und schneller haben können. Und wenn sie damals, als der Friedensschluß noch durchgeführt werden konnte, für ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht nicht zu haben war, so wird sie sich heute noch weniger darauf festlegen lassen, da sie den Friedensvertrag schwarz auf weiß in der Tasche hat.

Bleibt also nur als Grund für die Sozialdemokratie, die Mehrheitspolitik fürder mitzumachen, der Abscheu davor, das bißchen Einfluß auf den Gang der Dinge zu verlieren, das man durch seine Haltung erworben zu haben wähnte. „Wir wollen uns nicht ausschalten lassen“ wie das A und O des Freisinns in der Zeit des seligen Bülowblocks lautete. Aber ist es mit diesem Einfluß der Sozialdemokratie wirklich soweit her?

Sind wir in der Tat in die politische Maschinerie „eingeschaltet“? Wer offenen Auges die letzten vierzehn Jahre überblickt, findet die Antwort von selbst. Im großen, in den wichtigen, den entscheidenden Fragen der Nation, heißt es hier mit Heinrich Heine:

> Worte, Worte! keine Taten!
> Niemals Fleisch. Geliebte Puppe,
> Immer Geist und keinen Braten,
> Keine Knödel in der Suppe!

Im kleinen dagegen, in nebensächlichen, in untergeordneten Fragen ist manches erreicht worden, was früher vergeblich angestrebt wurde. Aber sollen wir um dieser Kleinigkeiten willen Kriegskredite bewilligen, damit deutsche Regimenter in Finnland — glorreiche Aufgabe! — die Revolution niederschlagen können? Sollen wir um ein solches Linsengericht unsere Ehre, unsere Seele und unsere Zukunft verschachern?

Sollen wir — doch pathetisch zu sein, hat keinen Zweck. Vielleicht ist es in einem politisch so unglücklich entwickelten Lande eine tiefe Tragik jeder oppositionellen Partei, daß sie sich nach den ewigen und unwandelbaren Sternen zu ihren Häupten richtet und dann in absehbarer Zeit auf irdische Erfolge verzichten muß, oder aber daß sie ihre Ideale und Prinzipien fein säuberlich in den Glasschrank stellt und zwar kleine, aber sichtbare, zwar bescheidene, aber augenblickliche Erfolge einheimst. Vielleicht ist ein drittes auf lange hinaus undenkbar. Und vielleicht ist die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse mit einer fortschrittlichen Reformpartei zufrieden, die für die unmittelbarsten Butterbrotinteressen der breiten Massen redlich und eifrig sorgt, und alles darüber hinaus lediglich als dekorativen Schnörkel einer noch von der Hand in den Mund lebenden Augenblickspolitik ansieht. Vielleicht wünscht die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse die Umwandlung der sozialdemokratischen Partei in eine Art Labour Party. Wenn dem so ist — es läßt sich heute schwer feststellen — tut die Partei gut daran, sich Grundsätze hin, Grundsätze her, vor allem nicht „ausschalten“ zu lassen. Wenn sie aber Wert darauf legt, die alte Sozialdemokratie zu bleiben, geht es so nicht mehr länger. Diese Kriegspolitik kann die Partei nicht mehr mitmachen. Diesem Frieden vermag sie nicht zuzustimmen! Neue Kriegskredite darf sie nicht bewilligen.

Wenn doch, so sei sie ehrlich, nehme ihr jetziges Aushängeschild herunter und lasse die alte Firma in den Registern der Geschichte löschen.

Wir haben das Wesentliche aus dem Artikel Wendels wiedergegeben, weil hier aus dem Munde eines strammen Mehrheitsmannes unumwunden der Bankrott des Regierungssozialismus festgestellt und damit gleichzeitig die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei glänzend gerechtfertigt wird. Wir können über diese Tatsache keine Freude empfinden, denn diese Politik hat die Arbeiterbewegung zerschlagen, hat die Arbeiterschaft zu großen Teilen ihrer Aktionsfähigkeit beraubt. Wir können ruhig annehmen, daß neben Wendel noch manche andere regierungssozialistische Reichstagsabgeordnete sind, die sich über den Bankrott der Politik ihrer Fraktion im klaren sind; welche Konsequenzen werden sie daraus ziehen? Aus dem letzten Abschnitt des Wendelschen Artikels klingt müde Resignation; so spricht nicht einer, dem der Kampf Lebenselement ist, die gleiche Müdigkeit wird wohl auch die meisten seiner Gesinnungsgenossen befallen haben. Und so werden wir wahrscheinlich erleben, daß trotz der aus diesem Artikel sprechenden Erkenntnis zwar nicht die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, wohl aber die Mehrheit der regierungssozialistischen Fraktion weiter von der Hand in den Mund zu leben wünscht, auch fernerhin kein anderes politisches Ziel kennt als unter dem Aushängeschild einer sozialdemokratischen Partei die Geschäfte des Imperialismus, der Bourgeoisie, der Reaktion zu besorgen.

Sie werden den Gewaltfrieden mit Rußland und den damit verbundenen großen Annexionen zustimmen und während dieses Blatt in Druck geht, werden sie neue 15 Milliarden Kriegskredite bewilligen. Macht doch der „Vorwärts“ schon wieder Stimmung für die Bewilligung.

Die österreichischen Sozialdemokraten haben ihrer Regierung die geforderten Kriegskredite abgelehnt. Hierzu sagte im Abgeordnetenhaus Viktor Adler (der Führer der österreichischen Sozialdemokraten — der österreichische Bebel) die deutsch-österreichische Sozialdemokratie könne nicht für die Kriegskredite stimmen, weil sie keine Lust habe, politisch oder moralisch irgend eine entfernte Verantwortung für diesen Krieg zu übernehmen.

Aus unserem Beruf.

Kriegsschuhwerk für landwirtschaftliche Arbeiter. Es wird demnächst alle 6—8 Wochen eine begrenzte Menge Schuhwerk für landwirtschaftliche Arbeiter verteilt werden. Zur Verteilung kommen sogenannte Kriegsstiefel mit Holzsohlen, deren Schäfte aus Gewebe mit Lederblatt und gesteckten Lederhinterbesätzen versehen sind. In Anbetracht der im Verhältnis zu den Versorgungsbedürftigen geringen Mengen soll das Schuhwerk nur an Lohn-Hilfsarbeiter und Lohn-Hilfsarbeiterinnen verteilt werden. Inhaber und höher bezahlten Mitarbeiter der Betriebe, welche in der Lage sind, sich Schuhwerk im freien Verkehr zu beschaffen, sollen von der Belieferung mit diesen Schuhen ausgeschlossen bleiben. Um die Ware möglichst schnell an die Verbraucher gelangen zu lassen, und auch, um Unkosten für Fracht usw. zu sparen, sollen die Schuhe in kleineren Sendungen bereits von den Herstellern aus möglichst in die Nähe der Verbrauchsorte geleitet werden. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß kleinere Sendungen als eine Bahnkiste, die etwa 100 Paar enthält, nicht gemacht werden sollen. Der Hauptverteilungsausschuß in Berlin wird … her von den Herstellungsgesellschaften aus die Schuhe an Schuhwaren-Kleinhändler senden lassen, welche innerhalb der Bezirke ansässig sind, und die Stiefel sofort nach Eingang den Kommunalbehörden zur Verfügung stellen. Die Regierungen sollen nunmehr sogenannte Vertriebsstellen schaffen, von denen aus die Schuhe verteilt werden.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ — für Annexionen

Diese Gründung soll ein Gegengewicht gegen die brü… nende Agitation der Vaterlandspartei bilden. Der Volksbund setzt sich meist aus liberalen Organisationen und Anhängern zusammen und hat sich die Aufgabe gestellt, für Freiheit und Recht zu kämpfen. Wer unsere heutigen Liberalen kennt und sie nach ihren Taten wertet, wird am Volksbund wenig Geschmack finden und wenig oder nichts von ihm erwarten. Fehlt unseren Liberalen doch jede mutige entschlossene Kampfesart, für ihre aufgestellten Ziele einzustehen und ihren Mann zu stellen.

Und diese molluskenartige Verbindung will der brutalen rücksichtslosen Gesellschaft der Vaterlandspartei die Wage halten. Das ändert auch nichts daran, daß die Generalkommission der Gewerkschaften und ihr nach eine Reihe Gewerkschaftsorgane sich für Volksbund ins Zeug legen. Jetzt tritt dieser „Volksbund“ schon offen für Annexionen ein. So berichtet die „L. V. Ztg.“:

Wir haben uns wiederholt entschieden gegen die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften im „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ gewandt. Wie recht wir haben, zeigte sich in der ersten Versammlung dieses Bundes in Leipzig, die am Freitag abend im Kristallpalast stattfand. Es sollte eine öffentliche Versammlung sein, die war aber in letzter Stunde verboten worden; dafür war eine „Mitgliederversammlung mit Gästen“ gestattet worden. Im Leipziger Tageblatt war dieser Tage zu lesen, daß den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ Freikonservative, Nationalliberale, Mitglieder des Zentrums, Fortschrittler und gemäßigte Sozialdemokraten gegründet hätten. In diesem Bunde trat man recht tapfer für Annexionen ein, der Bund treibt eine Politik, die sich von den Bestrebungen der Vaterlandspartei nur wenig unterscheidet.

Herr Schneider vom Leipziger Handlungsgehilfenverband, der die Versammlung im Krystallpalast eröffnete, sprach bei Erörterung der Ziele des Bundes bereits von einem „stärkeren Deutschland nach außen“. Der Referent Professor Dr. Walter Goetz entrollte aber das annexionistische Banner ganz offen. Er betonte, daß bis zum Siege Deutschlands gekämpft werden müßte, denn das Deutsche Reich müßte siegen. Freilich müßte man sich auch darüber klar sein, was man erreichen könnte. Die volle Wiederherstellung Deutschlands müßte erzielt werden. Nach dem Kriege dürfte es keinen Wirtschaftskrieg, keinen Boykott gegen Deutschland geben. Dann sprach der Redner seine Freude darüber aus, wie Deutschland im Osten an Macht gewachsen sei, und er erklärte sich für „Sicherung der Grenzen“ im Westen. Jetzt streite man darüber, ob der Frieden im Osten ein Macht- oder Verständigungsfriede sei. Man sollte sich darüber freuen, daß man den Frieden bekommen hätte. Der Referent feierte den Frieden mit der Ukraine. Trotzki sei unverschämt gewesen und habe die Verhandlungen abgebrochen. Darauf hätte Deutschland seine Macht gezeigt; man könnte nicht sagen, daß den Russen der Frieden aufgezwungen sei. Forderungen, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Demobilisation seien erfüllt worden. Die Gebiete im Osten seien nicht annektiert worden. Die Völker seien zu uns gekommen; in ihrer Not seien sie an uns herangetreten und hätten uns um Schutz gebeten. Der Friede im Osten befriedige ganz Deutschland. Wir hätten Wirtschaftsgebiete gewonnen, in denen wir arbeiten könnten, und der politische Einfluß Deutschlands reiche bis nach Finnland. Das Deutschtum und die deutsche Kultur seien in diesen Gebieten gesichert. Darauf wandte sich der Redner dem Frieden mit Rumänien zu, an dem er ebenfalls nichts auszusetzen hätte. Rumänien bekomme noch etwas, und einen besseren Frieden könne man sich kaum denken. (Das ist ein deutscher Professor, der sich in dieser Weise über den Friedensabschluß mit Rumänien äußert.) Deutschland setze sich wirtschaftlich stärker in Rumänien fest, und das tue niemand weh. Rumänien behalte die Donauhäfen, ihm verbleibe der Handelsweg über Konstanza nach dem Schwarzen Meere. Bei der Erörterung der Kriegsziele im Westen erklärte der Herr Professor, jede Annexion Belgiens sei ein Uebel, aber man müßte eine Form finden, in der Belgien uns nicht schaden könne. Es müßte ohne Heer und ohne Festungen wehrlos bleiben, damit es nicht in die Lage …

…äfte gegen uns aufzustellen. Ein Flottenstützpunkt … Küste Flanderns würde sich nicht bewähren, wo aber …litärs sagten, es sei notwendig, da wollten wir zu… und in den sauren Apfel beißen!! Zu diesem Be… dürften auch viele Herren von der Vaterlandspar……n, woraus zu ersehen ist, wie wenig sich der „Volks……r Freiheit und Vaterland" von der Vaterlandspartei …eidet. Die Wünsche der letzteren Partei gehen nur weiter; grundsätzlich sind sie beide für Machterweite… …d Unterdrückung fremder Völker. Im weiteren Ver… …ner Rede betonte der Redner, daß man die Freund… …er anderen Völker brauchte, damit sie unsere Waren … Seine Politik ist aber wirklich nicht geeignet, uns …reundschaft zu erwerben und zu sichern. Bei der Er… …g der Frage der Kriegsentschädigungen meinte der …rofessor, in Kurland seien 20 Prozent des Grund und … Staatseigentum, und Deutschland könnte an die… …fiz teilnehmen. Durch den Verkauf dieser Ländereien … es 500 Millionen Mark herauswirtschaften. Auch …ie Beteiligung deutschen Kapitals an der Erschließung …cher Oelquellen könnten Vorteile erreicht werden. …d Professor Dr. Goetz für die äußere Politik ein …rogramm aufgestellt hätte, fand er bei der Besprech… …r inneren Politik nur Worte, nichts als Worte, die …ach Belieben auslegen konnte. Hier stellte er keine …te Forderung auf, es fielen wohl manch schöne …orte aber sonst nichts.

… Gelder der freien Gewerkschaften werden zur Ver… …ng solcher Versammlungen verwandt, und derjenige …s „Gewerkschaftszerstörer" bezeichnet, der diese Poli… …t mitmacht, sondern bekämpft.

…ucher in Papierstofferzeugnissen.

…ucher in Papierstofferzeugnissen. Der ungeheure Wu… … Papierstofferzeugnissen hat den Vorstand des Deut… …Textilarbeiterverbandes zu nachstehender Eingabe an …ichskanzler veranlaßt:

…r Krieg hat auch innerhalb der Textilindustrie eine …Anzahl Ersatzstoffbranchen hervorgebracht. Den her… …ndsten Platz nimmt die Papiergarn- und -Stoff… …ng ein. Nach dem Urteil von Fachleuten und nach …er Erprobung ist die Möglichkeit vorhanden, einen …aschbaren Stoff zu Zwecken menschlicher Bekleidung …ftigen Gebrauchs herzustellen. Angesichts des gro… …ngels an baumwollenen, schafwollenen und leinenen …iffen glaubte die Bevölkerung, es könnte ihrem gro… …edarf nach Stoffen mit Hilfe der Papiererzeugnisse …fen werden. Allgemein glaubte man auch, daß es … sei, diese Erzeugnisse zu erschwinglichen Preisen an …ner Publikum abzugeben. Leider haben sich beide …ungen nicht erfüllt. Die im Handel befindlichen Fa… …e spotten qualitativ jeder Beschreibung. Die Ueber… …an das kaufende Publikum bedeutet eine schwere …ftliche Schädigung und Uebervorteilung der Ver… …r.

… Preise der aus Papier hergestellten Artikel sind in …ter Weise in die Höhe getrieben worden. Wie vor … an kompetenter Stelle mitgeteilt wurde, kostet eine …die, aus Baumwolle hergestellt, einen Preis von 75 …t aus Papier hergestellt 4,50 Mk. Als Ursache der …t wird allgemein eine an Wucher grenzende Profit… …r in Frage kommenden Industriellen bezeichnet. Die …e der Papiergarn- und -Stofferzeugenden Unterneh… …sind nur vergleichbar mit den Gewinnen der schwe… …stungsindustrie. In großen Vereinigungen zusam… …schlossen, verstehen sie es meisterhaft, die Not des … materiell zu nützen. Die Behauptung, daß die An… …g teurer Maschinen, welche nach dem Kriege wertlos … die hohen Preise rechtfertigen, ist nicht begründet. …Maschinen sind in den Konjunkturjahren des Krieges …bezahlt und verdient.

…bei sind die Löhne der in der Papiergarn und -Stoff …nden Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeite… …außerordentlich niedrig, und systematisch werden sie … gehalten. Der Beweis hierfür ist der Regierung …ängst erbracht.

…r unterzeichnete Vorstand hält es deshalb für seine … gegen die elende Bezahlung der Arbeiter, die Be… …ng des Publikums durch hohe Preise und dessen Be… …gung durch schlechte Qualitäten ausdrücklich Einspruch …ben und Ew. Exzellenz zu bitten, durch energische …hmen im Interesse der gesamten Bevölkerung der … der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie …treten zu wollen. Zu dieser Maßnahme dürfte auch …eitigung der von militärischer Seite den Unterneh… …gegebenen Garantie der Abnahme ihrer Erzeugnisse … gesetzliche Festlegung eines angemessenen Mindest… …für Arbeiter und Arbeiterinnen gehören.

…preußische Wohnungsgesetz …endgültig angenommen.

… 9. März hat das Herrenhaus ohne weitere Erör… …und en bloc das preußische Wohnungsgesetz mit den …igen Abänderungen, mit denen es vom Abgeord… …se zurückgekommen war, angenommen. Damit ist …lich ein gesetzgeberischer Plan endgültig verwirklicht, … um den annähernd 15 Jahre gekämpft worden ist. …m Jahre 1904 veröffentlichte die preußische Regierung den Entwurf eines Wohnungsgesetzes, der aber infolge vielfacher ungünstiger Kritik garnicht einmal an den Landtag gelangte. Erst Anfang 1913 wurde ein neuer Anlauf genommen und nunmehr der Entwurf eines Wohnungsgesetzes beim Abgeordnetenhaus eingebracht. Aber auch dieser Entwurf stieß auf starke Widerstände und entfesselte lebhafte Kämpfe; infolge des Kriegsausbruchs gelangte er dann ebenso wie verschiedene andere Gesetzesvorlagen nicht zur Verabschiedung. Als es sich dann aber infolge der langen Dauer des Krieges als nicht mehr möglich erwies, die Inangriffnahme der dringendsten sozialen und innerpolitischen Aufgaben immer weiter hinauszuschieben, wurde auch der Wohnungsgesetzentwurf Ende 1918 etwas abgeändert und in verschiedenen Richtungen ergänzt, erneut vorgelegt. Auch jetzt fehlte es nicht an Verwicklungen und Gefahren für den Entwurf, aber schließlich ist er nun doch endgültig zustande gekommen, und zwar, wie man wohl sagen darf, in einer gegenüber der Vorlage erheblich verbesserten Gestalt; mit ihm annähernd gleichzeitig auch das ihn ergänzende sogenannte Bürgschaftssicherungsgesetz. Dieses zusammenhängende Gesetzgebungswerk bringt beträchtliche Fortschritte auf den Gebieten der Bebauungsbestimmungen, der Landerschließung, der Wohnungsaufsicht, der einschlägigen Behördenorganisation usw. und namentlich auch der positiven finanziellen Mithilfe des Staates. Es läßt sich daher erwarten, daß es sich als ein taugliches Werkzeug der Verbesserung unserer Wohnungsverhältnisse erweisen wird. — Hoffentlich bleibt es nicht nur, wie so viele andere schöne Gesetze, Papierornament.

Spiegel der Gewerkschaftspresse.

Der „Deutsche Eisenbahner" (Nr. 5) bespricht die Einkommensverhältnisse des Eisenbahnpersonals. In dem Aufsatz heißt es u. a.: Das Einkommen von 16 568 Bahnwärtern (einschließlich 2 Kranwärtern) beträgt jährlich je nur 1200 bis 1400 Mk.

Mit dem Grundanfangsgehalt von 1200 Mk. fangen auch die Brückenwärter, Stationsschaffner, Schaffner und Matrosen an. Hier ist die Höchstgrenze für zusammen 42 587 Eisenbahner aber schon mit 1600 Mark erreicht. Um 100 Mk. höher im Höchsteinkommen stehen sich Wagenaufseher, Rottenführer, Weichensteller, Eisenbahngehilfen und Eisenbahngehilfinnen, zusammen 39 647 Personen. Ein Grundeinkommen von 1300 bis 1800 Mk. haben 1315 Magazinaufseher, Fahrkartendrucker und Bureaudiener. Eines Einkommens gleicher Art erfreuen sich 23 008 Lokomotivheizer usw.

Maschinenaufseher, Weichensteller 1. Klasse und Packmeister, 8870 Personen, genießen ein Einkommen von 1400 bis 1800 Mk. Mit gleichem Anfangsgehalt beginnen Werkführer, Wagenmeister, Rangiermeister, Telegraphisten, Lademeister, Unterassistenten, einschließlich Bahnhofaufseher, Fahrkarten-Ausgeber, Maschinisten und 3. Seemaschinisten, zusammen 26 700 Personen, von denen die ersteren bis 2100, die letzteren nur bis 2000 Mk. Grundeinkommen erzielen.

Ebenfalls mit 1400 Mk. Anfangseinkommen aber bis 2100 Mk. ansteigend, erzielen die 10838 Zugführer, Steuermänner und 3. Seesteuermänner (Bootsmänner). Auch das Anfangsgehalt der 22 765 Lokomotivführer, Schiffsmaschinisten und 2. Seemaschinisten, Maschinenmeister (Maschinisten bei elektrischen Anlagen) beträgt 1400 bis 2500 Mk. Dazu kann man nur sagen: empörend.

In der „Metallarbeiter-Zeitung" (Nr. 7/8) beschäftigt sich ein Verbandsmitglied, A. Stahlberg, mit der Frage der weiblichen Konkurrenz. Er meint dazu:

„Also, es ergibt sich die Notwendigkeit, die nach dem Kriege in der Industrie verbleibenden Mädchen und Frauen ausnahmslos der Gewerkschaft, dem Verband zuzuführen. Alle, alle müssen wir hierzu beitragen. Damit jene Frauen nicht etwa auch noch auftreten als Gegnerin des Mannes im Klassenkampf, sondern als mitkämpfende Standesgenossin. Gelingt dieses, so wird die weitere Folgerung sein, daß die Frauenarbeit mit der Zeit wieder bis auf ein gewisses Maß zurückgeht, denn bei auch nur halbwegs annehmbaren Löhnen für diese verzichtet das Unternehmertum gerne auf sie und greift auf die männliche Arbeitskraft zurück. Diese Beobachtung habe ich in hundert und aberhundert Fällen machen können."

Der „Tabak-Arbeiter (Nr. 8) erörtert das Kapitel „Bodenwucher und Teuerung". Er bemerkt dazu:

„Indem jetzt die Preise für Güter hochgetrieben werden, sorgt man dafür, daß die Preise für Lebensmittel resp. landwirtschaftliche Produkte in Zukunft hochgestellt bleiben. Die Agrarier verstehen es ja so gut, über die „Not der Landwirtschaft" zu jammern und zu behaupten, daß die Landwirtschaft ihren Angehörigen zu geringen Nutzen brächte. Deshalb drängte sie auf Schutzzölle, die die Preise künstlich hoch trieben. In der Schutzzollära vollzog sich bekanntlich eine ähnliche Treiberei der Güterpreise, denn — die höheren Preise für landwirtschaftliche Produkte stellten dann sofort den günstigeren Ertrag des Grund und Bodens dar."

Die „Holzarbeiter-Zeitung" (Nr. 8) fordert pünktliche Beitragszahlung:

„Mit Beginn dieses Jahres haben die Mitglieder in den meisten Zahlstellen ihre Beiträge nicht unwesentlich erhöht. Diese haben damit eine immerhin ansehnliche Höhe erreicht. Um mit der Beitragsleistung auf dem laufenden zu bleiben, ist es nun ganz besonders notwendig, daß regelmäßig, möglichst jede Woche gezahlt wird. Rückstände summieren sich schnell. Die Leistung einer größeren Summe fällt schwer, mancher glaubt, daß es ihm unmöglich sei, die aufgelaufenen Schulden an die Organisation zu begleichen, und die Folge ist, daß er dem Verband verloren geht, oder daß er seine alte Mitgliedschaft preisgibt und sich neu aufnehmen läßt."

In der „Fachzeitung für Schneider" (Nr. 7) wird Kritik geübt an der fertigen Reichskleidung, die uns mit der Zeit alle beglücken soll. Das Blatt schreibt darüber:

„Die Massenaufträge an Zivilkleidungsstücken, welche die Reichsbekleidungsstelle als Großunternehmer dem Schneidergewerbe der Privatindustrie in Auftrag gegeben, Auftragsposten, die bereits in die Hunderttausende gehen, sind jetzt zu einem großen Teile fertiggestellt. Wir hatten kürzlich Gelegenheit, eine kommunale Kleiderverteilungsstelle zu besichtigen.

War die Herrenkleidung noch im Durchschnitt passabel, so entsprach die Abteilung für Damenblusen auch nicht den geringsten fachgewerblichen Anforderungen. Dabei stammten die zur Verwendung gelangten Stoffe anscheinend aus der Zeitperiode, „als der Großvater die Großmutter nahm". Man sagte uns, daß die Stoffe aus Polen stammten und von der dortigen Landbevölkerung getragen würden. Das erklärt manches. Dabei waren diese Blusen von den Fabrikanten mit einer erschreckenden Einfachheit und Primitivität gearbeitet. So aber wurde alles über einen Leisten geschlagen, so daß eine gewisse Uniformität bei den Trägerinnen der Reichskleidung herbeigeführt wird, denen man schon von weitem ansieht, daß sie mit der Reichsbekleidungsstelle in Geschäftsverbindung gestanden haben. Die moderne Arbeiterin von heute stellt in der Tat höhere Ansprüche an eine wenn auch einfache, aber doch geschmackvolle Kleidung. Das ist ein Zeichen höherer Kultur. Wenn man ihr aber von der Reichsbekleidungsstelle gleich „polnisch" kommt und ihr zumutet, mit so vorsintflutlich anmutenden Powels, noch dazu in Preislagen von 12 bis 35 Mk., sich zu begnügen, dann wird sie sich es sicher überlegen, als Käuferin aufzutreten. Dann wird allerdings eine größere Streckung der Warenbestände eintreten, was die Reichsstelle vermutlich erwünscht sein wird.

Oder war es vielleicht der Zweck der Uebung, diese abschreckende Wirkung zu erzielen?

Der „Proletarier" (Nr. 8) nimmt Stellung zu einer Anregung über „Verständigungsfrieden zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft". Auf der Hauptversammlung des Verbandes bayerischer Industrieller hat kürzlich der Geschäftsführer dieser Organisation, Dr. Kuhlo, sich auch über das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern nach dem Kriege ausgesprochen. Die Ausführungen dieses süddeutschen Unternehmervertreters stechen nicht unwesentlich ab von denen, die wir in nördlicher oder nordwestlicher Richtung des Deutschen Reiches zu hören gewöhnt sind. Dr. Kuhlo macht wenigstens den Versuch, die Haltung der Arbeiterschaft zu begreifen, und er anerkennt wenigstens formell das Streben der Arbeiterschaft nach einer besseren Lebenshaltung. Zwar ist auch er überzeugt, daß die jetzigen Kriegslöhne nach dem Kriege zurückgehen werden, aber er will diesen Rückgang der Löhne wenigstens abhängig machen von dem Rückgange der Preise. Zum Schluß bemerkt das Blatt:

„Bei aller Neigung zu einem „Verständigungsfrieden" gestehen wir doch, daß wir in den Friedensbedingungen des Herrn Kuhlo keine tragfähige Grundlage für einen solchen Frieden sehen. Wir bestreiten keinen Augenblick, daß es zwischen Unternehmern und Arbeitern gemeinsame Interessen gibt, aber daß die Interessen beider Teile „völlig solidarisch" sind, ist eine Behauptung, für die wir wenigstens einmal den Versuch eines Beweises sehen möchten. Könnte Herr Dr. Kuhlo ihn führen, so würde er sich ein Verdienst nicht nur um Deutschlands Zukunft, sondern um die ganze Welt erwerben, wenn er auch nicht einen Augenblick länger damit zögern würde. Die Arbeiter müßten ja Narren sein, wenn sie einen solchen Beweis nicht prüfen würden, und sie müßten dreimal Narren sein, wenn sie den Beweis für stichhaltig anerkennen müßten und doch in ihrer Kampfstellung beharren wollten. Aber Herr Kuhlo wird den Nachweis nicht einmal versuchen, geschweige denn führen können. An diesem Versuche sind schon so viele gescheitert, daß die Spuren schrecken."

Die „Buchbinder-Zeitung" (Nr. 8) äußert unter „Stimmen über den politischen Streik":

„Allgemein hebt die Gewerkschaftspresse die Planlosigkeit der meisten Streiks, besonders der in Berlin, hervor, woran den „Unabhängigen" die Hauptschuld beizumessen sei. Die streikende Arbeiterschaft sei vernünftiger als ihre unabhängigen Führer gewesen und hätte es abgelehnt, gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Stellung zu nehmen."

Die „Handlungsgehilfen-Zeitung" (Nr. 4) gibt einem Aufsatz Raum, in dem „das Wesen unserer Jugendarbeit" behandelt wird. Der Verfasser sagt sehr zutreffend:

„Auch unseren Jugendgruppen droht die Gefahr der Verflachung und Abirrung, wenn wir nicht durch den Aufbau unserer Veranstaltungen diesem Unheil zur rechten Zeit steuern. Wir müssen weit abrücken von den bürgerlichen Verbänden, deren Losungswort „Bildung und Erziehung" uns bald auf einen toten Punkt führen würde. Wichtiger als alle Unterhaltungsabende muß uns die Aufklärung der Lehrlinge über ihre Arbeits-, Lehr- und Rechtsverhältnisse sein. Man wird auch niemals dem Lehrling mehr Interesse für unsere Gedanken und Aufgaben abgewinnen, als wenn man ihm seine wirtschaftliche Lage begreiflich macht. Und freudig wird uns die Jugend folgen, wenn sie merkt, daß wir gewillt und entschlossen sind, auf dem geradesten Wege auch ihr zu Hilfe zu kommen. In jedem Lehrling schlummern die Keime des Solidaritätsgefühls und es liegt an uns, den so günstigen Boden zu bewirtschaften."

Gewerkschaftliches.

Urabstimmung im Verband der Lithographen und Steindrucker. Hauptvorstand, Ausschuß und die Gauvorstände haben gemeinschaftlich die Ausschreibung einer Urabstimmung beschlossen. Die zur Urabstimmung stehende Frage lautet:

„Stimmen Sie für Beitragserhöhung ab 1. April 1918 von wöchentlich 20 Pfg. für Mitglieder, die 1,30 Mk., 1 Mk. oder 80 Pfg. zahlen; von 10 Pfg. für solche Mitglieder, die 80 Pfg., 45 Pfg. oder 40 Pfg. zahlen, zur Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit und Einführung der vollen statuarischen Reise-, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung und des vollen Sterbegeldes vom 1. Juli 1918 ab?"

Zur Begründung dieser Maßnahmen hat der Verbandsvorstand den Mitgliedern ein aufklärendes Flugblatt zugehen lassen. In diesem wird ihnen vor Augen geführt, welche Krise der Verband bei Kriegsausbruch durchmachen mußte, wie sie gleich schwer keine andere Gewerkschaft zu erleben brauchte. Durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und Entzug der Beitrag zahlenden Mitglieder durch Einziehung zum Militär, mußte sich der Verbandsvorstand auf die Durchführung einer Notstandsunterstützung beschränken. Während der Kriegszeit war es möglich, dreimal die Unterstützungen in aufbauendem Sinne zu verbessern, so daß jetzt Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützung zu Dreivierteln der statutgemäßen Wochensätze ausgezahlt werden und Sterbegeld zur Hälfte. Die Wiedereinführung des vollen Statuts mußte zurückgestellt werden, um mit äußerster Sparsamkeit Mittel für die Zeit nach dem Kriege zurückzulegen. Ein Versagen der gewerkschaftlichen Tätigkeit nach Friedensschluß würde das Vertrauen der Mitglieder zum Verbande erschüttern.

Diese Auffassung hat der Verbandsvorstand gegen alle Widerstände konsequent durchgeführt und hat dadurch die Grundlage zu weiterer erfolgreicher Tätigkeit geschaffen.

Um auch unvorhergesehenen Ereignissen die Spitze bieten zu können, soll vom 1. April ab der Wochenbeitrag um 20 Pfg. (für Vollmitglieder dann auf 1,50 Mk.) erhöht werden und die vollen gewerkschaftlichen Unterstützungen (bis 180 Mk. je nach der Dauer der Mitgliedschaft) und das volle Sterbegeld (bis 100 Mk.) wieder zur Auszahlung gelangen. In der Hauptsache aber sollen durch diese Beitragserhöhung genügende Mittel für die gewerkschaftliche Tätigkeit nach dem Kriege aufgesammelt werden, um einen Lohnsturz zu verhindern. Denn der Aufbau des Gewerbes und die Wiedereroberung des Weltmarktes wird sich nicht ohne große Zuckungen vollziehen. Die Arbeitslosigkeit wird im graphischen Gewerbe wieder Massenerscheinung werden und die Aufgabe bringen, zur Abwendung der Schäden, die aus dieser Ueberfüllung des Arbeitsmarktes entstehen, gewerkschaftliche Abwehrkämpfe zu führen.

Die Urabstimmung soll in allen Städten bis zum 1. April erfolgt sein; es wird bestimmt mit der Annahme des Vorstandsantrages gerechnet.

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie versandte am 15. d. Mts. ein Rundschreiben betreffend Neue Produktionsmeldebogen an alle Betriebe, die für die Heeres- und Marineverwaltung arbeiten. Gesellschafter, die derartige Arbeiten ausführen und das Rundschreiben nicht erhalten haben, wollen es vom Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie, Berlin W 8, Kronenstraße 50/52 einfordern.

Das Rundschreiben Nr. 223 vom 5. März d. J. des Ueberwachungsausschusses der Schuhindustrie betreffend: Entscheidungen der Feststellungsausschüsse wurde am 8. März d. Mts. an alle weiterarbeitenden Betriebe versandt. Firmen, die diese Bekanntmachung nicht erhalten haben, wollen diese vom Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie, Berlin W 8, Kronenstraße 50/52 einfordern.

Mitteilungen.

Darmstadt. Durch Vereinbarung des Vorstandes des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Zahlstelle Darmstadt und dem Arbeitgeberverband der Schuhmacher Darmstadts wurde vom 1. März 1918 ab der am 1. April 1911 abgeschlossene Lohntarif dahin abgeändert, daß die dort verzeichneten Lohnsätze für neue Arbeiten durchweg um [illegible] Prozent, diejenigen für Sohlen und Flecke um 75 Prozent und der Zeit- und Stundenlohn in den Ziffern 1 bis 3 und 4 der „Allgemeinen Bedingungen" um 65 Prozent erhöht wurde. Letztere [illegible] Prozent sind auch auf Krüppel-, Kork- und sonstige nicht aufgeführte Arbeiten anzuwenden. Alle kleineren Reparaturen dürfen nur im Zeitlohn berechnet werden und sind alle Fournituren ohne Ausnahme vom Arbeitgeber zu stellen. Die Kollegen werden ersucht, hierauf bei der Lohnzahlung acht zu haben.

Hamburg. Am 10. Dezember 1917 wurde in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Zahlstellen Hamburg und Altona zum Lohntarifvertrag, welcher mit den Kontrahenten mit einer Teuerungszulage von 25 Prozent bis zum 31. März 1918 verlängert wurde, Stellung genommen.

Einleitend führte Kollege Jablonowski hierzu folgendes an:

Durch die immer noch zunehmende Teuerung genügten die 25 Prozent Teuerungszulage schon längst nicht mehr. Einige Kollegen erhielten schon höhere Entlohnung, aber diese freiwilligen Zulagen wären doch im Verhältnis zu der Teuerung sehr minimal. Bekannt ist auch, daß in vielen anderen Gewerben eine weit höhere Teuerungszulage gezahlt wird, als den Arbeitern im Schuhmachergewerbe. Am 31. Dezember 1917 ist der Termin, wo es gilt, sich zu entscheiden, ob der bestehende Vertrag der Schuhmacher im Städtegebiet gekündigt werden soll oder aber bei einer eventuellen Nichtkündigung würde der Vertrag stillschweigend auf ein ferneres Jahr weiterlaufen. Der Redner führte weiter aus, daß die Konjunktur im Schuhmachergewerbe am Ort eine sehr gute ist und ein noch immer ständiger Arbeitermangel infolge der Einberufung zum Heeresdienst zu verzeichnen sei. Auch die Ortsverwaltungen haben sich mit der Lohnfrage in einer Sitzung bereits vorher beschäftigt, daher empfiehlt er der Versammlung, den Innungen und Vereinigungen folgende Forderungen zu unterbreiten: Weitere 100 Prozent Teuerungszulage (insgesamt 125 Prozent) und für außer dem Hause angefertigte Arbeiten weitere 10 Prozent. Nach einer Aussprache stimmte die Versammlung dem Vorschlage in bezug auf die 100 Prozent zu, erhöhte aber für Heimarbeiter infolge der sehr hohen Preise für Furnituren dieselbe um weitere 20 Prozent (insgesamt 30 Prozent). Schriftlich wurden diese Forderungen den Innungen sowie den Vereinigungen von Hamburg, Altona und Wandsbeck mit dem Wunsche unterbreitet, daß die Verhandlungen über unsere Forderungen umgehend stattfinden sollten, da von der Verständigung über diese Vorschläge die Nichtkündigung des Lohntarifvertrages abhängt. Auch in den Arbeitgeberversammlungen, welche zu vorgenannten Forderungen einberufen waren, erhielten die Vorstände den Auftrag, mit uns in Verhandlungen zu treten. Hierauf verständigte Herr Runge, Obermeister der Hamburger Zwangsinnung, den Kollegen Jablonowski über Zeit und Ort der Verhandlungen, zu welchen auch die Altonaer und Wandsbecker Vorstände der Innungen und Vereinigungen eingeladen wurden; diese Verhandlungen fanden am 29. Dezember im Innungshause statt und führten zu nachstehenden Vereinbarungen: Die Teuerungszulage beträgt hundert vom hundert auf den Grundlohn, einschließlich aller Extraarbeiten und für außer dem Hause angefertigte Arbeiten hundertunddreißig vom hundert. Der Grundstundenlohn wurde für die Schoßarbeiter um 3 Pfg. erhöht und beträgt nun für Schoß- und Maschinenarbeiter mit der Teuerungszulage insgesamt Mk. 1,20 pro Stunde. Für Ueberstunden bis 8 Uhr abends 30 Pfg. mehr, nach 8 Uhr 50 Pfg. mehr. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Diese Vereinbarung beginnt mit dem 1. Februar 1918 und dauert bis 31. März 1919. In der ersten Woche des Monats Juli d. J. soll in gemeinsamer Sitzung der Vertragschließenden diese Abmachung auf ihre Revisionsbedürftigkeit geprüft werden. Eine zum 14. Januar einberufene gemeinsame Mitgliederversammlung stimmte den vorgenannten Vereinbarungen einstimmung zu. Nach und nach erklärten sich auch die Arbeitgeberversammlungen mit den Abmachungen ebenfalls einverstanden. Laut Beschluß wurden uns diese Ergebnisse schriftlich mitgeteilt. Jeder Kollege ist nun verpflichtet, für die Innehaltung der Vereinbarung Sorge zu tragen und Zuwiderhandlungen in unserem Bureau zur Anzeige zu bringen. Durch diesen Beschluß sind die Lohnverhältnisse unserer Kollegen ganz bedeutend verbessert worden. Nach Ablauf des Vertrages werden weitere Verbesserungen der Löhne unbedingt notwendig sein. Kollegen agitiert für den Verband, seid ständig auf dem Posten, denn nur durch eine starke Organisation ist es möglich, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 18. März bis 24. März der 12. Wochenbeitrag fällig ist.

Der Zahlstelle Pirmasens wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. April d. J. ab den bisherigen Lokalbeitrag von 6 Pfg. auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Die Mitglieder dieser Zahlstelle machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrasteuer die Folgen des § 9 al. a nach sich zieht.

Nürnberg, den 16. März 1918.

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands

(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

Resultat der Wahl von Abgeordneten zur Generalversammlung in Würzburg.

1. Wahlabteilung. Abgegeben 54 gültige Stimmen. Gewählt ist L. Bettin mit 27 Stimmen. Lohfand erhielt 14, Jebens 8 und Matthes 3 Stimmen.
2. Wahlabteilung. Abgegeben 15 gültige Stimmen. Gewählt ist Toranski-Königsberg mit 13 Stimmen.
3. Wahlabteilung. Abgegeben 163 gültige Stim… Gewählt ist Fabig-Berlin mit 80 und Blaffe… mit 49 Stimmen. Schmidt erhielt 42, … und Scholz 23 Stimmen.
4. Wahlabteilung. Abgegeben 43 Stimmen. … ist Peterfen-Lübeck mit 19 Stimmen. Sch… hielt 17 und Kurfuß 6 Stimmen.
5. Wahlabteilung. Abgegeben 17 gültige Stim… wählt ist Hoff-Bremen mit 12 Stimmen. M… hielt 5 Stimmen.
6. Wahlabteilung. Deregowski-Burg mit allen ab… 17 Stimmen gewählt.
7. Wahlabteilung. Abgegeben 76 Stimmen. Ge… Voldt-Leipzig mit 56 Stimmen. Silberberg … Stimmen.
8. Wahlabteilung. Abgegeben 89 gültige Stim… wählt ist Reuther-Dresden mit 56 Stimmen. … erhielt 22, Stiller 8 und Schröder 3 Stimmen.
9. Wahlabteilung. Abgegeben 54 Stimmen. Ge… Wernecke-Erfurt mit 27 Stimmen. Ephein … Markus 12 Stimmen.
10. Wahlabteilung. Abgegeben 226 gültige Stim… Gewählt sind Bardorf-Schweinfurt mit 133 un… Fürth mit 129 Stimmen. Adler erhielt 100 u… 30 Stimmen.
11. Wahlabteilung. Abgegeben 142 Stimmen. … Then-München mit 76 Stimmen. Wanner … Stimmen.
12. Wahlabteilung. Abgegeben sind 170 gültige … zettel. Gewählt Schneider-Cannstatt mit 168 u… Göppingen mit 101 Stimmen. Böhm erhielt … Mehrer 25, …-Stuttgart 9 Stimmen.
13. Wahlabteilung. Abgegeben 86 Stimmen. … ist Roß-Speyer mit 73 Stimmen. Lamade … Stimmen.
14. Wahlabteilung. Abgegeben 44 Stimmen. Ge… Müller-Pforzheim mit 43 Stimmen.
15. Wahlabteilung. Abgegeben 41 gültige Stim… wählt ist Leyer-Hanau mit 23 Stimmen.
16. Wahlabteilung. Abgegeben 77 gültige Stim… wählt ist Kessel-Wiesbaden mit 55 Stimmen. … erhielt 22 Stimmen.
17. Wahlabteilung. Abgegeben 62 gültige Stim… wählt ist Eisenacher-Mühlheim mit 62 Stim…
18. Wahlabteilung. Gewählt ist Fleck-Offenbach … abgegebenen 16 Stimmen.
19. Wahlabteilung. Abgegeben 72 gültige Stim… Gewählt sind Göller-Frankfurt mit 72 und Ob… Bockenheim mit 72 Stimmen.
20. Wahlabteilung. Gewählt ist Forkert-Solingen … abgegebenen 35 Stimmen.

Hamburg, den 15. März 1918.

Julius Saffke, Vors…

Ehrentafel

für unsere im Felde gefallenen Mitglied…

Pirmasens. Karl Schuch; August Rauch-…; Otto Faske-Waldfischbach; Karl Seichter; … Gampfer; Georg Kaiser; Otto Wehrum; … Berger, sämtlich gefallen.

Stuttgart. Theodor Häußermann, gefallen; … Kiehnle, im Lazarett gestorben.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbild… über Schuhm… Werkzeuge … soeben erschie…
— Versand gratis und franko. —
E. Wägtle, Berlin, Lothringerstraße 83.

1 tüchtiger Handzwi…
sowie mehrere tüchtige Schuhmacher für … arbeit und Reparaturen sofort gesucht.
Otto Seinecke, Bad-Oeynh…

Handstanzmess…
Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,…
Fernruf 580 Amt Ohligs.
Theo Bruny, Merscheid b. Soli…

Schuhriemen
90 cm lang à Mk. 12,50 und 15,00 } per Gro…
100 cm lang à Mk. 15,00 und 18,50 }
hier abzugeben. Versand von 3 Gros an per Nach…
M. Kresch, Ful…

Anzeigen finden im „Schuhmacherfachblatt" weiteste Verbr…

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Co. in Gotha.

Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 12.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Was ist Bevölkerungspolitik.

Wer nicht mit Blindheit geschlagen, wird im Gegensatz den Politikern der alten Schule und gewisser freiheitlicher Cliquen, sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Krieg in der ganzen Anschauung unseres wirtschaftlichen Daseins eine revolutionäre Umwälzung herbeiführen mußte. Vor allem hat die große Tragik der letzten Jahre mit der Menschenvernichtung gegenüber den axiomatischen Rechtsvertretern der Herrenklasse zur Folge gehabt, daß der Arbeit und mit ihr das arbeitende Volk, jetzt öffentlich und sachlich höhere Bewertung für sich in Anspruch nehmen darf. „Die Arbeit, sie ist die Quelle alles Reichtums und die Grundlage aller Kultur einer Volksgemeinschaft;" denn durch ihr ist es möglich, daß was zerstört und vernichtet, wieder herzustellen und das ganze Produktions- und Wirtschaftsgetriebe in neugeordnete Bahnen zu lenken. Daher muß bei der Neuorientierung unseres öffentlichen Lebens das Problem der sogenannten Bevölkerungspolitik im Vordergrund, gleichbedeutend mit der Aufgabe: Die Zahl der geistigen und materiellen Werte erzeugenden Menschenkräfte zu vermehren und deshalb die Volkszunahme mit allen sittlich erlaubten Mitteln zu fördern. Die Grundlagen dieser Politik, die auch als „Volksgesundheitspolitik" bezeichnet werden kann, ist die Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge, Familienkrankenhilfe und die Wohnungsreform. Und es zu erwarten, wird man sich dabei endlich von dem Vorurteil gegen die uneheliche Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge freimachen. Im Zusammenhang mit diesem großen Problem stehen aber noch eine Zahl von anderen Aufgaben und Fragen, die, wie die Volksernährung und der Arbeiterschutz, unbedingt einer Lösung erwarten oder damit fortlaufend zur Ausgrabung gebracht werden müssen.

Es ist eine nicht unbeachtet zu lassende Erscheinung, daß in der Zeitperiode langer Friedensjahre die Vertreter der herrschenden Klasse oder der sogenannten „Herrenrasse", den wirtschaftlichen Wert des Menschen durch die geistlichen Mittel in der Auferziehung wie die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Lehrjahre, Studien usw. festzulegen versuchten. Dadurch sollte festgelegt werden: je größer diese Kosten, je größer der Menschenwert und das Maß der daraus herzuleitenden Rente. Dabei wurde aber unverkennbar absichtlich unterlassen einzuschalten, daß eine derartige Einschränkung auch nicht problematischer Natur sein kann, insofern der Mensch nicht nach dem äußeren Schein, sondern, entsprechend seiner Leistung nur nach seiner Leistung für die Volksgemeinschaft bewertet werden muß. Auch der künstlich konstruierten Bevölkerungstheorie, die von Zeit zu Zeit vor dem Forum zur öffentlichen Erörterung gedrängt wurde, lagen reaktionäre Motive zugrunde. Ohne sich der Beschäftigung von anderthalb Millionen ausländischer Arbeiter in Deutschland zu erinnern, wurde Arbeitslosigkeit, Lebensmittelverteuerung, Wohnungsnot, Rückgang der Kinderzeugung usw. damit begründet. Daher wurden kriegerische Ereignisse, Seuchen, Zunahme der Kinder- und der sonstigen hohen Sterblichkeit als einen natürlichen Regulator der Bevölkerungsvermehrung angesprochen. Im übrigen aber wird die Notwendigkeit des Besitzes von überseeischen Kolonien mit der Volksvermehrung begründet. Ohne dem Deutschen Reich den Besitz von Kolonien absprechen zu wollen, dürfte es doch fast als sehr fragwürdig erscheinen, ob sich jemals eine wünschenswerte „Ueberbevölkerung" nach diesen Landesteilen ableiten lassen.

Die jetzt äußerste Bevölkerungspolitik, wobei dem Wohnungsbau, der Gesetzgebung, den Krankenkassen und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften wichtige und vielseitig praktische Aufgaben zuerteilt sind, ist durchaus keine neue Erfindung. Nach jedem Kriege und nach jeder Seuche mit gewaltsamem Menschenverlust ist „Bevölkerungspolitik" gepflegt worden. Selbst Naturvölker suchen durch Frauenraub, Töten von schwächlichen Kindern und Greisen hier „Abhilfe" einzugreifen. Auch andererseits haben zu allen Zeiten Volksführer, Fürsten und Staatsleiter mit mehr großzügigem Blick für ihre menschenarmen Landesteile, sich im wirtschaftlichen und militärischen Interesse einer Bevölkerungspolitik angelegen sein lassen. Ganze Volksstämme wurden aus den dichtbevölkerten Gegenden nach den weniger bevölkerten zur Auswanderung gedrängt. Ein Bild zu diesem Erscheinung zeigt die Völkerwanderung der Hirtenvölker, der vereinzelter ackerbautreibender Volksstämme vor und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Auch die Geschichte der neueren Zeit gibt hierzu einige recht interessante Beispiele. Abgesehen davon, daß schon in der Reformationszeit es als ein offenes Geheimnis angesehen wurde, daß Fürsten, Adlige und selbst kirchliche Würdenträger mit Nonnen im Konkubinat lebten. Wir wissen wie Luther dazu eine scharfe Stellung einnahm und mit seinen Philippinen dazwischenfuhr. Nach dem dreißigjährigen Kriege, das Land, Städte und Dörfer zerstört und menschenleer waren, wurde den Männern sogar offen oder auch stillschweigend das Zusammenleben mit zwei oder drei Frauen gestattet. Durch behördliche und geistliche Beeinflussung gab den Frauen der Verkehr mit Männern und die Kindererzeugung recht sehr nahegelegt. Wir wissen wie einzelne deutsche Fürsten die Auswanderung der Protestanten aus Tirol, Böhmen und aus Frankreich (Hugenottenauswanderung) nach ihren Landesteilen begünstigten und so ihren Landeskindern frisches Blut zuführten oder sonst die geschlechtliche Zucht- und Auswahl zu unterstützen wußten. Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andere, wie auch sein Sohn Friedrich II. förderten die Verheiratung von gesunden, großen und starkgebauten Personen. Dem Geist der Zeit entsprechend wurde hier die rationelle Menschenvermehrung wie vom Standpunkt der Viehzucht betrieben; wobei aber immerhin nicht die Methode, sondern der Erfolg als das Entscheidende anzusehen sein wird.

Im übrigen ist es nun doch eine ewige Wahrheit, daß der Krieg als ein Unglück für alle Völker, unter den Tüchtigsten und Kräftigsten zuerst, und zuletzt unter den Schwächlingen aufräumt. Ein längerer Krieg bedeutet deshalb für jedes kriegführende Volk den Anfang zu einem Prozeß der Degeneration. Der jetzige Krieg hat eine ungeheure Zahl von gesunden, zeugungsfähigen und intelligenten Männern aus allen Klassen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl wird die Arbeiterklasse dabei im Vordergrund treten, jedoch wird sich später das ganze Bild noch in einem anderen Lichte zeigen. Hochwertige Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen wie Lehrer, Hochschullehrer, Künstler, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Hochqualifizierte aus der Arbeiterklasse sind tot oder zu Krüppel geschossen, oder sonst durch Krankheit und Siechtum unbrauchbar geworden, unersetzbar geworden, unersetzbar, aber sicher erst nach Jahren zu ersetzen. Hieraus folgert sich nicht nur eine Einbuße in Hinsicht unserer geistigen und sittlichen Erziehung sondern auch einen unermeßlichen Verlust zum wirtschaftlichen Neuaufbau unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist der Aufstieg der Begabten eine dringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914 68 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsvermehrung muß selbstverständlich der Geburtenüberschuß angesehen werden. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900—1910 855 881 Personen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Geborenen 1 894 598 und die der Gestorbenen 1 060 793, demnach ergibt sich in dem letzten Jahre vor dem Kriege ein Ueberschuß von 833 800 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahrzehnts: 1871/80 40,7, 1881/90 38,2, 1891/1900 37,4, 1901/10 33,9, 1911 29,5, 1912 29,1, 1913 28,3. Auf 1000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871/80 28,8, 1881/90 26,5, 1891/1900 23,5, 1901/1910 19,7, 1911 18,2, 1912 16,4, 1913 15,8. Wir sehen hier eine auffällige Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Pressemeldungen vom 16. Februar d. Js. teilte die preußische Regierung im Abgeordnetenhause den bevölkerungspolitischen Ausschuß mit, daß der Geburtenausfall im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gefallenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfte.

Wenn demnach immer wieder kirchliche Kreise die Ansicht vertreten, daß, wenn man mehr Kinder haben wolle, so müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Irrtum und auch nicht möglich. Entscheidend hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes. Und im übrigen lehren auch die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Kleinkinderehe ist unwiderruflich vorbei. Jetzt heißt es mit allen Mitteln gegen Volksschädigungen wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw. die Menschenökonomie und die Lebensdauer der Geborenen zu fördern. Und dabei wird die politisch-geographische Lage Deutschlands gegenüber dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slavischen Volksstämmen nicht außer acht zu lassen sein. Die „slavische Welle" bedeutet eine nicht unbeträchtliche Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungszunahme des russischen Staates betrug z. B. für 1910 1 136 899 Personen. — Wie im Reichsarbeitsblatt, Bd. 9, 1911 sehr gut ausgeführt wird: „Bedingt die Erhöhung einer gesunden Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft". Denn wirtschaftlich betrachtet enthält vom 15. Lebensjahre ab, ein jedes Lebensjahr 300 Arbeitstage; wobei auch die möglichen Arbeitstage der Strafgefangenen nicht außer acht zu lassen wären. Nach der amtlichen Absterbeordnung der neunziger Jahre (1881—1900) ergab sich für das männliche Geschlecht eine mittlere Lebensdauer von 40,56 Jahren und für das weibliche Geschlecht 43,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorbezeichneten zwanzig Jahre nur fünf und bei den Frauen nur fünfeinhalb Jahre zugenommen. Trotzdem stehen wir noch immer hinter den meisten Kulturstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 53,63 Jahre, sie ist also um volle zehn Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reichs. Günstiger zeigen sich die Feststellungen des Statistischen Landesamts für Preußen, wonach im Dreijahrfünft 1906—1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 50,03 Jahre gestiegen ist.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Frauenüberschuß zu rechnen, der schon 1913 838 800 Personen betrug. Der uneheliche Geschlechtsverkehr wird dadurch mehr vorurteilsfreier und als sittlich zulässig anzusehen sein. Das moralische Moment kann hier nicht darin bestehen, daß gesellschaftliche Ansehen der unehelichen Mutter und ihres Kindes herabzudrücken; denn um unehelich eine pflichterfüllende Mutter zu sein, gehört sittlicher Mut und Kraft. Dem entgegen ist die Pflichtvergessenheit eines jeden Vaters zu brandmarken und gesetzlich zu verhindern. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bildet einen weiteren Teil der Volksaufklärung und entschlossener Maßnahmen der Gesetzgebung. Wobei ohne Ansehen und Schonung von Personen — gegen jedes gewissenlose Handeln — vorgegangen werden muß.

Wie uns der Krieg gezeigt hat, sind eine große Zahl von Personen nicht nur bis zum 40. Jahr — sondern bis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig und haben „hinter der Front" in Tag- und Nachtschichten ihre Pflicht erfüllt. Deshalb muß es die Aufgabe der leitenden Kreise der bevölkerungspolitischen Ziels sein, die durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch wirksame Gesundheitsvorkehrungen auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeiterschutz, wobei auch den Gewerkschaften durch ihre praktischen Erfahrungen ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Aufgaben zufallen wird.

H. Heinke.

Schutz für das uneheliche Kind.

Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik hat in vier Sitzungen im März und Mai 1917 den Schutz des unehelichen Kindes beraten. Auch hier waren die Anträge des Unterausschusses die Grundlagen der Behandlung. Wie der Berichterstatter Dr. Max Quarck ausführte, gebären fast zwei Fünftel aller Frauen, die in Deutschland überhaupt niederkommen, das erstemal uneheliche. Vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik aus stehe in erster Linie die Erhaltung eines gesunden Nachwuchses. Die unehelichen Kinder werden aber noch nach ganz rückschrittlichen und beschränkten Anschauungen behandelt. Am fortgeschrittensten sei das norwegische Fürsorgegesetz von 1900, das die ihm Unterstellten bezeichne als „Kinder, deren Eltern nicht untereinander die Ehe geschlossen haben." Die Schutzbestimmungen dieses Gesetzes verdienten auch bei uns Beachtung. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch wird zwar der Mutter das Recht zuerkannt und die Pflicht aufgebürdet, für die Person des Kindes zu sorgen, dagegen ist sie nicht einmal zur Vertretung des Kindes berechtigt. Zahlreich sind die Einzelbestimmungen, die sämtlich dazu da sind, den Vater durch die Einrede zu entlasten, daß mehrere den Beischlaf vollzogen hätten. Die betreffende Bestimmung muß aufgehoben werden, was auch Ministerialdirektor Kirchner anerkannt hat, der im Preußischen Abgeordnetenhaus, Februar 1917, erklärte: „Wir sind allerdings der Meinung, daß die gegenwärtige Bestimmung des § 1705 B. G.-B. eine Aenderung wird erfahren müssen."*) Abzulehnen sei aber unter allen Umständen in Aenderung dahin, „daß sich etwa mehrere Beiwohner in die Kosten der Unterhaltung des Kindes teilen müssen." Denn solche Bestimmung würde nur eine Vermehrung der Prozesse bewirken, deshalb müsse die Einrede des geschlechtlichen Mehrverkehrs überhaupt aufgegeben werden. Sie ist heute die Ursache des Scheiterns von 95 Prozent (fünfundneunzig!) aller Unterhaltungsprozesse, die abgewiesen werden. In solchen Fällen bleiben die Mutter des unehelichen Kindes und ihre Verwandten unterhaltspflichtig. Nachahmenswert seien ferner die Bestimmungen des norwegischen Gesetzes, wonach der Vater des Kindes der Mutter Unterstützung für die Zeit bis zum neunten Monat nach der Niederkunft zu leisten hat, sofern sie in dieser Zeit das Kind bei sich hält. Diese Neuerung werde viel zur Erhaltung der Kinder durch mütterliche Pflege beitragen.

Weiter forderte der Referent des Unterausschusses, was besonders bei Kriegsbeginn schon von sehr vielen Seiten gefordert worden ist: Erleichterung der Vorschriften über Annahme an Kindesstatt. Die dabei zu erfüllenden zahlreichen und schwierigen Formalitäten verleiden das Liebeswerk. Das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin berichtet für das Kriegsjahr 1916, die Arbeit der Adoptionssachen gehöre zu den allerschönsten Aufgaben. „Mädchenträume wurden zur vollen Wirklichkeit." Mit Hilfe der Jugendämter gelinge es allmählich, die Fürsorge für die unehelichen Kinder besser zu regeln. Diese fallen dann unter die bei Jugendämtern allgemein eingeführte Generalvormundschaft und dadurch erfolge die finanzielle Erledigung ihrer Angelegenheiten schneller und besser als früher. Unentbehrlich sei dabei die ehrenamtliche Mitwirkung von Frauen, Lehrern usw., damit die Generalvormundschaft durch persönliche

*) Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt in § 1705: „Das uneheliche Kind hat im Verhältnisse zur Mutter und zu den Verwandten der Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes."

Obhut und Fürsorge für das Kind wirksam ergänzt werde. Um das, was in größeren Gemeinden bereits erreicht sei, allen unehelichen Kindern zuteil werden zu lassen, müsse die Fürsorge allgemein leistungsfähigeren Verbänden als den Kommunen übertragen werden, und wie bei der Fürsorgeerziehung sei Zuschuß des Staates zu gewähren.

Im Ausschuß wurde von mehreren Seiten, besonders von den frommen Zentrumsherren, Einspruch erhoben gegen die Gleichstellung der unehelichen mit der ehelichen Mutter. Die verschiedenartige Behandlung sei nötig, so machte man geltend, zum Schutze der bürgerlichen Familie. Allerdings, das Elend der unehelichen Mutter und ihre Schutzlosigkeit konnte von keiner Seite bestritten werden. Die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder und der Mütter gewordenen Kriegerbräute wurde ausführlich erörtert. Alle stimmten überein, daß die Einrede des Beischlafs Mehrerer gegen die Unterhaltspflicht beseitigt werden müsse. Der Regierungsvertreter befürwortete die Abänderung der bisher bestehenden Vorschrift aus bevölkerungspolitischen Notwendigkeiten, denen heute eine ganz andere Bedeutung zukomme als zur Zeit, da das Bürgerliche Gesetzbuch entstand. Um aber für die Stellungnahme der verbündeten Regierungen eine Unterlage zu schaffen, seien zunächst Erhebungen eingeleitet über den Einfluß der Einrede auf das Schicksal der unehelichen Kinder. Das Ergebnis dieser Ermittelungen sei in Kürze zu erwarten.

Ein Redner des Ausschusses hielt es für ganz selbstverständlich, daß man den Kriegerbräuten, wenn der Vater ihres Kindes gefallen sei, zu sich und dieser die Führung des Vaternamens gestatte. „Auch hier gelte es, der Frau zur Gleichberechtigung und zur größeren Geltung und Selbständigkeit zu verhelfen, dann werde sie auch nicht mehr wahllos den Versuchungen, die sich ihr näherten, verfallen."

In der Begründung eines besonderen Antrags wies der Antragsteller darauf hin, daß die gesetzlichen Mittel wie Unterhaltspflicht, Vormundschaft, Strafbestimmungen unzureichend sind, das Leben der unehelichen Kinder wirksam zu schützen. Auch die bestehenden Fürsorgeeinrichtungen seien unzureichend. In den großen Industriezentren müßten Findelhäuser geschaffen werden, wie sie sich in Oesterreich und Ungarn glänzend bewährt hätten. Hauptsache sei Nachsicht der Unterbringung des unehelichen Kindes in einwandfreier Weise. Diskretion müsse auf Wunsch der Mutter dabei gewahrt werden. Nicht sei eine Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls der Mutter durch Schaffung solcher Kinderheime möglich, oder das wichtigste sei, daß die Zahl der [illegible] und die Zahl der Kinder, die eines frühen Todes sterben oder siechen Lebens gewiß sind, sich mindern.

Wie doch die Bevölkerungsnot die Herren plötzlich nachsichtig stimmt! Die „Schwächung des Verantwortlichkeitsgefühls der Mutter" war bis zu dem Kriege eines der Hauptargumente gegen jede tatkräftige Unterstützung und wirksamen gesetzlichen Schutz der unverehelichen Mütter. Erst über die ungeheuerlichen Menschenopfer dieses Krieges gelangt das unschuldige uneheliche Kind zu seinem Menschenrecht! Das findet, wenn auch unzureichend, Ausdruck in den Anträgen, die von dem Ausschuß gestellt wurden. (Siehe auch meinen Artikel „Schutz von Mutter und Kind" in Nr. 14). Sie lauten:

C. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sich behufs der erforderlichen besseren Ausgestaltung des Schutzes der unehelichen Kinder mit den verbündeten Regierungen baldigst ins Einvernehmen zu setzen, insbesondere zur Herbeiführung folgender Maßregeln:

1. Die der Erziehung und wirtschaftlichen Lage des unehelichen Kindes aus der Einrede des Mehrverkehrs entstehenden Nachteile zu beseitigen, eventuell durch entsprechende Aenderung des § 1717 B. G.-B.;

2. die Empfängnisfrist des § 1717 im Sinne des § 1592 Abs. 2 B. G.-B.* festzusetzen.

3. bei Bemessung der Höhe der Unterhaltspflicht den Stand des Vaters zu berücksichtigen;

4. die Unterhaltspflicht bis zum 18. Lebensjahr des Kindes zu erstrecken;

5. die Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohnes aus Unterhaltsansprüchen unehelicher Kinder der Pfändung aus andern Unterhaltsansprüchen gleichzustellen;

6. für die Beitreibung der Unterhaltsbeiträge ein vereinfachtes, schnelles, dem Verwaltungszwangsverfahren zur Beitreibung öffentlicher Abgaben ähnliches Verfahren einzuführen;

7. die Bestrafung unehelicher Väter, die sich der Unterhaltspflicht entziehen, aus § 361 Ziffer 10 St.-G.-B. sicherzustellen und durch Ausdehnung des § 362 St.-G.-B. auf diese Strafe wirksamer zu gestalten (Haft und Ueberweisung an die Landespolizei);

8. die Bedingungen für die Annahme an Kindesstatt und die Führung des Vaternamens zu erleichtern;

9. Novellen zu den Militärversorgungsgesetzen zu veranlassen, durch welche die Rentenzahlung an uneheliche Mütter und Kinder nach dem Vorgang der Bundesratsverordnung vom 4. August 1914 zum Unterstützungsgesetz von 1888 (für die Familien der Kriegsteilnehmer) geregelt wird;

10. die Fürsorge für die unehelichen Kinder bezüglich der Eintreibung der Unterhaltskosten durch öffentlich rechtliche Veranstaltungen, eventuell Generalvormundschaft, unter Ausbau des Vorschußverfahrens und Wahrung der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft zu veranlassen, sowie Zuschüsse zu den Kosten der Erziehung (Einzelfamilien- und Anstaltspflege, Lehrwerkstätten usw.) in Aussicht zu nehmen.

Mehrere Petitionen, die zu diesen Fragen eingegangen waren, erklärte der Ausschuß durch seine Beschlußfassung für erledigt. Und das, obwohl sich darunter eine Petition vom Deutschen Bund für Mutterschutz befand, die u. a. forderte: „Einen einheitlichen Geburtsschein für alle Kinder, einschließlich also der vorehelichen und unehelichen Kinder, zu schaffen, um diesen Kindern die Bloßstellung und Beeinträchtigung in der Achtung ihrer Mitmenschen zu ersparen und sie vor Schädigung in ihrem Erwerb und Fortkommen zu schützen. Keinen Ausdruck fand auch in den Anträgen die bei der Erörterung im Ausschuß erhobene Forderung, daß man den Kriegerbräuten gestatte, den Namen des gefallenen Vaters ihres Kindes anzunehmen.

Leider ist es den Frauen selbst nicht möglich, im Reichstage bei der Erörterung dieser Fragen mitzusprechen, die die Mutter so ganz besonders angehen. Um so ehr[illegible] sollten sie aber diese Angelegenheiten unter sich erörtern, nie vergessen, darauf hinzuweisen, wie notwendig [illegible] politische Gleichberechtigung der Frau erweist, damit [illegible] ehelichen Mütter und Kinder zu ihrem Recht kommen. [illegible] kaum irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen tragen [illegible] verhüllt das Gepräge, daß sie ausschließlich von [illegible] zum Schutz des Mannes geschaffen worden sind, [illegible] Vorschriften, die die rechtliche Stellung der unehelichen [illegible]ter und ihres Kindes regeln. Die jetzt aus der [illegible] Stunde entstandenen Beschlüsse zum größeren Sch[illegible] beiden können manches bessern, sind aber unzureichend [illegible] verfolgen in erster Linie den Zweck, die Zahl der [illegible] zu heben und die Geborenen am Leben zu erhalten, [illegible] greifen nicht weit und tief genug, um gründlichen [illegible] zu schaffen. Und sie allein sind außerstande, die [illegible] bürgerliche Verachtung der ledigen Mutter und ihres [illegible] zu überwinden. Dazu bedarf es auch der vollen und [illegible] gesetzlichen und gesellschaftlichen Verantwortung von [illegible] und Weib. Zum gründlichen Wandel bedarf es [illegible] der Aufhebung der bürgerlichen Ordnung, die die [illegible] toten Besitzes über das Recht des lebendigen Menschen [illegible]. Das bürgerliche Privatrecht ist letzten Endes nicht [illegible]recht, sondern Eigentumsrecht, Sachrecht. Das kommt [illegible]fällig gerade in den Paragraphen über das uneheliche [illegible] und seine Mutter zum Ausdruck, am schärfsten in [illegible] berühmten Satz, der erklärt: Das uneheliche Kind [illegible] seinem Vater nicht verwandt. Was vom Standpunkt [illegible] natürlichen vorurteilslosen Vernunft als unbe[illegible] Unsinn erscheint, ist nach bürgerlichem Recht helle [illegible] klarer Sinn. Das uneheliche Kind darf mit seinem [illegible] nicht rechtlich verwandt sein — damit es nicht Anspr[illegible] Unterhalt, Erziehung und vor allem auf Erbe hat! [illegible] die Grenze, die die bürgerliche Gesellschaft bei ihrer [illegible] für das uneheliche Kind bisher zog und die auch in [illegible]schlüssen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik [illegible] innegehalten wurde.

Am 20. Februar d. J. sind die Anträge des Au[illegible] im Reichstag ohne Debatte angenommen worden. [illegible] Reichskanzler hat sie nunmehr dem Bundesrat vo[illegible] und dieser wird voraussichtlich dem Reichstag einen [illegible]entwurf unterbreiten. Aufgabe der Unabhängigen [illegible]demokratie wird es dann sein, wenn der Gesetzentwurf [illegible] mehr bringt als die Beschlüsse des Ausschusses, die [illegible]digen Verbesserungen zu beantragen.

Mathilde [illegible]

* Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt in § 1717, Absatz 2:

„Als Empfängniszeit gilt die Zeit von dem einhunderteinundachtzigsten bis zu dem dreihundertundzweiten Tage vor dem Tage der Geburt des Kindes, mit Einschluß sowohl des einhunderteinundachtzigsten als des dreihundert- und zweiten Tages."

Weitergehend ist aber § 1592, Absatz 2; er bestimmt:

„Steht fest, daß das Kind innerhalb eines Zeitraums empfangen worden ist, der weiter als dreihundertundzwei Tage vor dem Tage der Geburt liegt, so gilt zugunsten der Ehelichkeit des Kindes dieser Zeitraum als Empfängniszeit."

An den Unorganisierten.

Schon viele deiner Brüder schreiten
Auf rauhem Pfad zum bessern Sein;
Beharrlich klären sie und streiten
Und wälzen seitwärts Stein um Stein.

Nur du allein bist stumpf und träge
Und legst die Hände in den Schoß.
Du stehst den andern nur im Wege
Zum menschenwürdigeren Los.

Du bist am grünen Baum des Lebens
Ein dürrer, unfruchtbarer Ast.
Du folgst dem Geist des Widerstrebens,
Dem du dein Glück verschachert hast.

Ermanne dich, denn große Zeiten
Verachten jedes Wurmgeschlecht!
Den Wechsel der Begebenheiten
Beeinflußt kein beschränkter Knecht!

Viktor Ka[illegible]

Der Gipskopf.

von Alwin Scherf.

Geht man in der Königl. Haupt-Residenz- und Bierstadt München unweit der Linie 24 durch die Karlstraße, so fällt das Haus Nr. 63 durch nichts von den anderen auf. Ein Haus genau wie das nachbarliche: dreistöckig, nüchtern, alltägig, mit einem Eingang unten, zwei Schornsteinen oben. Bei näherem Zusehen freilich verrät ein etwas groß angelegtes Tor, daß seine Bewohner mit Vorliebe auf ebener Straße ihres Weges ziehen; während im Inneren das Wort „ich kenne keine Parteien mehr" schon längst zum Mieterrecht geworden, Streitigkeiten ausschließt insoweit wenigstens, als die einzelnen Höhenbereiche in Frage kommen. Haus Nr. 63 wird nur von einer Partei in den einzelnen Stockwerken bewohnt.

Wenn diese gewiß ideale Einrichtung an einem schönem Dezembermorgen versagte und es zu ganz außergewöhnlichen Scenen kam, so lag das eben weniger am Bau- beziehungsweise Hausherrn, als vielmehr an der Unzulänglichkeit menschlicher Voraussicht, die nicht in Rechnung stellte die soziale Stufenleiter unserer göttlichen Weltordnung auf der insbesondere während dieses Krieges Ungezählte gezwungen werden einige Sprossen hinunter respektive hinaufzusteigen. Hinauf — indem sie um zu sparen, den ersten mit dem dritten Stock vertauschen; hinunter — indem die „gute Stube" an „solide Herren" oder „anständige" junge Damen weitervermietet und so ein Ausgleich geschaffen wird zwischen den im Preise gewaltig gestiegenen Weißwürsten und Kalbshaxen und von den stets unzureichenden Einnahmen.

Frau Seidl eine kinderlose, etwas nervös-zappliche, sonst aber gesunde und gutmütige Münchnerin aus dem dritten Stock hatte den letzteren Weg gewählt, erstens, weil sie, wie sie sagte, nicht gut noch mehr Treppen steigen könne ohne ihrer Gesundheit ernstlich zu schaden und zweitens, weil sie einen heillosen Respekt hatte vorm Umziehen ihrer schönen Möbel wegen. Und schöne Möbel besaß Frau Seidl! Ja, sie besaß nicht nur schöne, sie besaß auch alte Möbel und was die Hauptsache war, sie besaß schöne alte geschnitzte Möbel, wie man sie nur noch in Museen anstaunen oder bei Antiquitätenhändlern für teures Geld erstehen kann.

Da war zum Beispiel das schöne Muschelbett gleich rechts vom Fenster. Groß, breit, Platz für drei bietend, wie die ganze Einrichtung aus echtem Kirschbaum und vom Ehegemahl der Frau Seidl bis auf wenige Ausnahmen selbst verfertigt, mit liebevollen Schnörkeln und Schnitzern sowie am Kopfende mit einem schnäbelnden Taubenpaar säuberlich versehen. Darüber ein Spiegel, dessen noch übrig gebliebene Goldflecken sowie das echt venicianische Glas auf hohes Alter wie bessere Herkunft schließen ließen. Und es war nicht unwahrscheinlich was Frau Seidl jeden, der es hören wollte, mit einer gewissen Wichtigkeit erzählte, daß dieser Spiegel schon den Leibkutscher Nap leons auf seinen Reisen durch die europäische Welt begleitet habe. Dann ein Kleiderschrank! Unerhört in seinen Dimensionen zweitürig und überfät von Säulen und Säulchen, machte er den Eindruck einer Riesenorgel, die zur gefälligen Benützung bereit stehe.

Weiter fielen auf das Schmuckstück des Zimmers: ein truhenähnliches mit einem Aufsatz von Fächern und Türen versehenes Möbelstück über dessen Zweck niemand im Klaren war (für gewöhnlich standen die gereinigten Stiefel darauf); dann ein dreibeiniger immer wackelnder Tisch von dem die Sage ging, ein bayrischer König habe einmal davorgesessen.

Schließlich sei noch des Lederkanapees Erwähnung getan sowie des neuzeitigen Waschtoilette mit Marmorplatte und Spiegel gedacht und man kann begreifen daß Alles in Allen dieses Zimmer trotzdem so etwas wie ein Heim vorgaukeln konnte.

Aber noch eine Kleinigkeit darf nicht vergessen werden schon deswegen nicht, weil, wie so oft im Leben, diese Kleinigkeit große Wirkungen auslöste.

Wie schon erwähnt war unter anderen auch ein Waschtisch vorhanden, der neben seinem wirklichen auch [illegible] einen Zweck hatte die Tür zum Nebenzimmer zu [illegible] Oberhalb dieses Spiegels nun in der Höhe des Türr[illegible] stand seit ewigen Zeiten eine kleine Gipsbüste, [illegible] einen jungen Mädchenkopf, auf dessen rechter Wa[illegible] eine Fliege niedergelassen.

Die Zimmerruhe im Nebenzimmer holte zum [illegible] aus. Der Herr Amtsrichter sprang vom Stuhle au[illegible] die Lebensmittelmarken, die er vor sich liegen hatte [illegible] Zigarrenetui, nahm den goldenen Kneifer von [illegible] trank seinen Kaffee-Ersatz aus und faßte eben [illegible] Knopf um das Elektrische abzudrehen als ein schuß[illegible] Knall dann ein dumpfer Schlag das Haus erbeben [illegible] Mit einem Sprunge war der Herr Amtsrichter [illegible] Tische, im Nu der Kneifer auf der Nase und sch[illegible] er das Fenster anfgerissen um den morgengrauen [illegible] nach etwas Verdächtigem abzusuchen. „Gott sei [illegible] Nichts war zu sehen nichts zu hören. Alles ruhig, [illegible] wie es nur in München in der Karlstraße an ein[illegible] zembermorgen sein kann. „Gott sei Dank!" hauchte [illegible] ruhigt und schloß wieder vorsichtig das Fenster. [illegible] nahm er den Kneifer von der Nase und ließ ihn, [illegible] etwas von Nervosität vor sich hindrummte, im [illegible] verschwinden. Da — richtig — jetzt hörte er es ga[illegible] lich: „Hilfe! Hilfe!" schrie jemand. Der Herr Am[illegible] fuhr erschrocken zusammen. „Also doch!" jagten die [illegible] scheuchten Gedanken durch das Gehirn. Es war ke[illegible] schung, es war Tatsache. Das lang Gefürchtete, [illegible] Ereignis — Und natürlich — natürlich — er lach[illegible] wahnsinnig auf — funktioniert die Abwehr nicht; kein [illegible] unserer Flieger anwesend. Natürlich, natürlich. [illegible] ganz München zusammengeschossen, die Bombe ge[illegible] sein, dann kommen sie schon. Gewiß kommen sie. [illegible] langsam einen reizenden Bogen beschreibend, der [illegible] größer wird, immer größer bis sie dann wie ein [illegible] zustoßen und das Nest leer finden. Dann Glocken[illegible] Sieg." Wieder lachte er höhnisch auf.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Co. in Gotha.